Stand: 12.07.2025 03:17:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/12222

"Prävention von Wohnungslosigkeit stärken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/12222 vom 08.12.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/18364 des SO vom 08.07.2021
3. Beschluss des Plenums 18/18442 vom 19.10.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 19.10.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.12.2020 **Drucksache** 18/**12222**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Prävention von Wohnungslosigkeit stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

– die zweite Erhebung zur Wohnungslosigkeit in Bayern fortzuschreiben. Die Erhebung soll zudem Daten von unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen beinhalten. Zudem soll geprüft werden, inwiefern Menschen, die privat Unterschlupf (bei Familie, Freunden oder Bekannten) finden, erfasst werden können.

– Maßnahmen zur Erfassung von Personen, die auf der Straße leben müssen, zu ergreifen, beispielsweise in Form einer Straßenzählung in den größeren bayerischen Städten.

– verstärkte und verstetigte Forschungsanstrengungen zu unternehmen, um die Datenerhebungen zusätzlich empirisch zu unterfüttern, um damit das Bild der Ursachen, Erscheinungs- und Verlaufsformen der Wohnungslosigkeit systematisch und stetig sichtbarer zu machen. Hierbei sind besonders vulnerable Gruppen wie Frauen, Jugendliche und junge Erwachsene, Menschen mit Behinderung sowie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI*) verstärkt in den Blick zu nehmen.

– die Kommunen im Corona-Winter bei der Bereitstellung und Betreuung zusätzlicher Räumlichkeiten, die eine Notübernachtung sicherstellen und tagsüber zum Aufenthalt geöffnet sind, zu unterstützen sowie in den Einrichtungen Schnelltests zur Prävention einer Verbreitung des Coronavirus durchzuführen.

– ein Konzept für den flächendeckenden Ausbau der „Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ vorzulegen und eine kontinuierliche Förderung anzustreben.

– mit den Wohnungsunternehmen eine Kooperationsvereinbarung zur Verbesserung der Wohnraumversorgung zu schließen, um gemeinsam nach Wegen zu suchen, um Wohnungsverluste zu vermeiden und wohnungslose Menschen besser und schneller mit Wohnraum zu versorgen.

– in Verbindung mit der Vereinbarung und im Rahmen des Aktionsplans ein sog. Kümmererprojekt aufzulegen, das aus einem Netzwerk aus Sozialarbeitern und Immobilienfachleuten besteht, die in Kommunen, in denen besonders viele Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen sind, versuchen, drohenden Wohnungsverlust abzuwenden oder Wohnungen für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen zu akquirieren. Gleichzeitig sollen sie auch Ansprechpartner für Vermieterinnen und Vermieter sein, die an wohnungslose Menschen vermieten wollen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Der traurige Trend zur Wohnungslosigkeit ist seit Jahren ungebrochen. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosigkeit e.V. (BAG-W) waren im Verlauf des Jahres 2018 678 000 Menschen wohnungslos. Sie haben kein Dach über dem Kopf, leben in sozialen Einrichtungen oder bei Freunden, Bekannten oder Verwandten. Die BAG-W schätzt außerdem, dass 41 000 Personen auf der Straße leben. Insgesamt stieg die Zahl der Betroffenen im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 Prozent an. Immer mehr Frauen, Jugendliche und Familien mit Kindern sind wohnungslos. Diese „nicht offiziellen“ Zahlen sind wertvoll, denn sie verraten uns einiges über die Struktur von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Nichtsdestotrotz sind es nur Schätzungen. In Bayern wurde bislang zweimal eine freiwillige Erhebung zur Wohnungslosigkeit durchgeführt. Die letzte stammt aus 2017 und war zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung im Frühjahr 2019 längst schon wieder überholt. Vereinzelte Zahlen aus bayerischen Städten lassen befürchten, dass die Wohnungslosigkeit zwischenzeitlich weiter angestiegen ist. In Nürnberg beispielsweise lag die Zahl 2014 noch bei 1 500 Personen, 2019 waren es bereits 2 300. Grund für den Anstieg der Wohnungslosigkeit sind die steigenden Mietpreise sowie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum – darunter vor allem die rückläufige Zahl an Sozialwohnungen. Die Zahl wohnungs- und obdachloser Menschen könnte coronabedingt bald noch weiter steigen. Viele Menschen leben augenblicklich in der Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und die Miete nicht mehr zahlen zu können.

Um zielgenaue und bedarfsgerechte Beratungs-, Präventions- und Unterbringungsangebote ausbauen zu können, muss aber das tatsächliche Ausmaß von Obdach- und Wohnungslosigkeit bekannt sein. Deshalb ist die Fortschreibung der Daten zur Wohnungslosigkeit im Freistaat dringend erforderlich und muss schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Ergänzend zu den bisherigen Erhebungen sollen zudem Daten von obdachlosen sowie unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen erhoben werden. Zusätzlich zur Datenerhebung braucht es gezielte Forschungsprojekte zu Ursachen, Erscheinungs- und Verlaufsformen. Die Ursachen von Wohnungslosigkeit sowie soziodemografische Merkmale der Betroffenen sind komplex und vielseitig. Auf die Frage, wie diese Form der extremen Armut wirkungsvoll zu beseitigen und dauerhaft zu vermeiden ist, gibt es keine einfache Antwort. Daher ist es unerlässlich, eine valide und empirisch fundierte Datengrundlage zu erarbeiten.

Die Coronakrise und die damit verbundenen strengen Einschränkungen treffen gerade auch Menschen ohne festen Wohnsitz insbesondere in der kalten Jahreszeit hart. Sie leben auf der Straße, haben keinen Rückzugsort. Sofern Notunterkünfte zur Verfügung stehen, teilen sich den Raum meist mehrere Menschen. Die Abstands- und Hygieneregeln können so nicht immer eingehalten werden. Hinzu kommt: nicht alle Notunterkünfte haben rund um die Uhr geöffnet. Nur mit mehr Notübernachtungsplätzen und mehr Raum zum Aufenthalt können die vorgeschriebenen Abstandsregeln und Hygienevorschriften auch rund um die Uhr eingehalten werden. Darüber hinaus sollten Schnelltests zur Verhütung der Verbreitung des Coronavirus durchgeführt werden. Nur so können wir den besonders gefährdeten Personenkreis der Obdachlosen besser schützen und damit zur Eindämmung des Coronavirus beitragen. Der Freistaat sollte die Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderung im Corona-Winter unterstützen.

Die „Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ sind anerkannte und kompetente Beratungsstellen, die von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bedrohten Menschen einen niederschwelligen Zugang zu umfassender Hilfe bieten. Sie leisten durch Hilfen bei drohender Kündigung oder Wohnungsräumung einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. In Bayern existiert längst noch kein flächen- und bedarfsdeckendes Netz an spezialisierten „Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“. Von den insgesamt 32 Fachstellen befinden sich allein 18 in Oberbayern. In der Oberpfalz gibt es demgegenüber nur eine Fachstelle; in Niederbayern, Schwaben und Oberfranken existieren jeweils nur zwei Fachstellen; in Unterfranken gibt es drei und in Mittelfranken vier Fachstellen. Hier besteht also in der Fläche noch ein erheblicher Ausbaubedarf, zumal es sich in der Regel um Modellprojektförderungen oder Anschubfinanzierungen handelt, d. h. es werden lediglich für ein oder zwei Jahre Fördermittel ausgegeben.

Das beste Mittel gegen Wohnungslosigkeit ist, sie erst gar nicht entstehen zu lassen. Angesicht der dramatischen Herausforderungen aufgrund der Corona-Pandemie sollte die Staatsregierung zusammen mit den Wohnungsunternehmen eine Kooperationsvereinbarung auf den Weg bringen. Ziel ist es, gemeinsam Wege zu suchen, um Wohnungsverluste zu vermeiden und wohnungslose Menschen besser und schneller mit Wohnraum zu versorgen. Die Vereinbarung soll in Verbindung mit einem sog. Kümmererprojekt umgesetzt werden, mit dem man in Nordrhein-Westfalen bislang sehr gute Erfolge verzeichnen konnte.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.07.2021 **Drucksache** 18/**18364**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/**12222**

Prävention von Wohnungslosigkeit stärken!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatterin: **Susann Enders**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 8. Juli 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 19.10.2021 **Drucksache** 18/**18442**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/**12222**, 18/**18364**

Prävention von Wohnungslosigkeit stärken!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Markus Rinderspacher
V. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Ich darf Herrn Kollegen Swoboda (fraktionslos) fragen. – Sie enthalten sich. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
   Inneres
   Bekämpfung der organisierten Kriminalität – Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten
   21.06.2021 - 27.09.2021
   Drs. 18/17226, 18/18252 (E) [X]

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/18252 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Inneres
Bekämpfung der organisierten Kriminalität – Stärkung des Mandats der EU-Vermögensabschöpfungsstellen
21.06.2021 - 27.09.2021
Drs. 18/17227, 18/18253 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/18253 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr
Nachhaltiger Verkehr –
neuer politischer Rahmen für Mobilität in der Stadt
01.07.2021 - 23.09.2021
Drs. 18/17228, 18/18251 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/18251 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	ENTH

4. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen
Auf dem Weg zu einem gesunden Planeten für alle EU-Aktionsplan: „Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden“
COM(2021) 400 final
BR-Drs. 454/21
Drs. 18/17229, 18/18249 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dem Vorhaben wird zugestimmt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prävention von Wohnungslosigkeit stärken!
Drs. 18/12222, 18/18364 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	ENTH

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Bericht der Staatsregierung zum Unterricht in der Pandemie
Drs. 18/12290, 18/12372 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Strukturwandel in der Automobil- und Zulieferindustrie sozial ausgewogen gestalten – Fördermaßnahmen für Unternehmen an konkrete Bedingungen des Arbeitsplatzerhalts und der Weiterqualifizierung knüpfen! Schaeffler-Standort in Eltmann erhalten!
Drs. 18/13936, 18/14634

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Machbarkeitsstudie zur Verlegung der Verknüpfungsstelle des Brenner-Nordzulaufs in das Wildbarrenmassiv
Drs. 18/14245, 18/15057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Realisierung von BIOTOPIA
Drs. 18/15929, 18/18228 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prä-Expositions-Prophylaxe in die Bayerische Beihilfeverordnung
Drs. 18/15939, 18/16614

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Datendiebstahl an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Bayern abwehren – Informationssicherheitssysteme auf den neuesten Stand bringen
Drs. 18/16725, 18/18210 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	Z

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geschlechtervielfalt an Hochschulen – Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung der betreffenden Personen
Drs. 18/16825, 18/18211 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z